

Kathrin Wienczek
Vorsitzende

Deutscher Philologenverband – Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin

Frau
Sandra Scheeres
Senatorin für Bildung, Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin

22. März 2021

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres,

Ihnen dürfte der nachfolgende Lagebericht des LaGeSo Berlin zu Corona bekannt sein.

Der Bericht vom 18.03.2021 weist deutlich auf den Anstieg der Infektionszahlen insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen hin.



Wie dem Lagebericht zu entnehmen ist, liegen die höchsten 7-Tage-Inzidenzen in der Altersgruppe 15 bis 19. Die Schülerinnen und Schüler der Berliner Gymnasien gehören zum überwiegenden Anteil dieser Altersgruppe an.

Die Infektionen beruhen im Wesentlichen auf Kontakten mit Personen über Aerosole. Angesichts dieser Infektionslage erscheint uns die Aufnahme von Präsenzunterricht im Interesse der Gesundheit der Lehrkräfte aber auch der Schülerinnen und Schüler nur dann für vertretbar, wenn unter diesen Bedingungen durch Impfen und verbindliche (!) Schnelltests das Infektionsrisiko signifikant eingeschränkt wird. Da zurzeit nicht über ausreichend Impfstoff verfügt wird, kommt dem verbindlichen (!) Schnelltest eine wichtige Bedeutung zu.

Die Verbindlichkeit ist notwendig, weil durch Freiwilligkeit nicht sichergestellt werden kann, dass Corona-infizierte Personen durch die Teilnahme am Präsenzunterricht die Maßnahmen konterkarieren und andere anstecken.

Bei aller Wichtigkeit der Durchführung des Präsenzunterrichtes, die wir im Grundsatz teilen, erscheint es nicht nachvollziehbar, wenn Einrichtungen wie z. B. Theater geschlossen bleiben müssen, obwohl diese über hervorragende Hygiene-Konzepte verfügen und Schulen gleichzeitig offen sind.

Laut Grundgesetz, Artikel 2, Absatz 2 sind die für Bildung verantwortlichen Politikerinnen und Politiker verpflichtet, das pädagogische Personal und die der Schule anvertrauten Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu schützen, um ihre körperliche Unversehrtheit zu garantieren.


Wir erwarten, dass die Senatsbildungsverwaltung bis zum Ende der Osterferien alle notwendigen Maßnahmen trifft, um im Rahmen der Fürsorge und des Bildungsauftrages dem gerecht zu werden.

Nur unter solchen Voraussetzungen erscheint uns der Wiedereintritt in den Präsenzunterricht vertretbar.

Die Schule und die Lehrkräfte haben einen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Wir lehnen die Übertragung zusätzlicher Aufgaben z.B. im Rahmen der Pandemie, die nicht der Profession der Lehrerinnen und Lehrer entsprechen und originäre Aufgaben anderer Teile der Verwaltung sind, ab. Wenn Aufgaben in den Bereich der Schule verlegt werden sollen/müssen, sind die Schulen entsprechend der Aufgabe mit zusätzlichem Personal auszustatten, das für diese Aufgaben entsprechend ausgebildet ist.

Gleichzeitig erwarten wir, dass die Senatsbildungsverwaltung bei aller Dringlichkeit die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes beachtet und die Personalvertretung rechtzeitig beteiligt. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der Digitalisierung.

Mit freundlichen Grüßen



Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

Geschäftsstelle: Dominicusstr. 3 –10823 Berlin-Schöneberg
Bankname: BBBank, DE 48 6609 0800 0007 2766 05, BIC: GENODE61BBB
Telefon: 0 30 / 8 34 14 60 / Fax: 03 222 36 56 409 / E-Mail: phvbb@t-online.de / www.phvbb.de